

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Pascal Meiser, Janine Wissler, Doris Achelwilm, Dr. Dietmar Bartsch, Desiree Becker, Janina Böttger, Jörg Cezanne, Agnes Conrad, Mirze Edis, Christian Görke, Cem Ince, Cansin Köktürk, Tamara Mazzi, Zada Salihović, Lisa Schubert, Ines Schwerdtner, Isabelle Vandre, Sarah Vollath, Sascha Wagner, Anne Zerr und der Fraktion Die Linke

Ausländische Beschäftigte in Engpassberufen

Die demografische Entwicklung stellt den deutschen Arbeitsmarkt vor tiefgreifende strukturelle Herausforderungen. In den kommenden Jahren treten große geburtenstarke Jahrgänge in den Ruhestand ein, während zugleich deutlich kleinere Kohorten junger Menschen in das Erwerbsleben nachrücken. Zahlreiche Branchen kämpfen bereits heute mit spürbarem Arbeitskräftemangel – eine Entwicklung, die sich nach bisherigen Prognosen weiter verschärfen wird. So erwartet etwa das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung einen Rückgang der Erwerbsbevölkerung um mehrere Millionen Menschen bis Mitte der 2030er Jahre.

Ausländische Arbeitskräfte sind in diesem Kontext zu einer tragenden Säule geworden – insbesondere für Engpass- und Schlüsselberufe, ohne die zentrale gesellschaftliche Bereiche wie Gesundheitswesen, Pflege, Verkauf, Logistik oder Gastronomie nicht funktionsfähig wären. Besonders in ostdeutschen Bundesländern ist der Beitrag ausländischer Arbeitskräfte heute schon unverzichtbar, da dort die demografischen Veränderungen früher und deutlicher durchschlagen.

Damit stellt sich für die Fragestellenden die Frage, welche politischen Rahmenbedingungen eine faire und nachhaltige Fachkräftezuwanderung ermöglichen. Ebenso relevant erscheint, welchen Einfluss migrationspolitische Debatten und gesellschaftliche Stimmungen auf die Attraktivität Deutschlands für Arbeitskräfte aus dem Ausland haben – ein Aspekt, den die aktuelle Forschung, wie die DeZIM-Studie „Jenseits der Verwertungslogik?“ (www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/jenseits-der-verwertungslogik/), ausdrücklich hervorhebt.

Von besonderem Interesse sind dabei nicht nur die Weiterentwicklung der Sprachförderung und die Anerkennung ausländischer Qualifikationen, sondern ebenso die Arbeits- und Lebensbedingungen, die Möglichkeiten sozialer Teilhabe und langfristiger Bleibeperspektiven.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die absoluten Zahlen und der prozentuale Anteil ausländischer Beschäftigter in Engpassberufen (Engpassbewertung $\geq 2,0$) seit 2015 in Deutschland entwickelt (bitte die

aktuellsten verfügbaren Daten ausweisen und nach Jahren sowie nach Ost und West, Bundesländern und Berufsgruppen differenzieren)?

2. Welchen aufenthaltsrechtlichen Status besitzen die in Engpassberufen beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte nach Kenntnis der Bundesregierung (bitte jeweils absolut und prozentual für die unterschiedlichen Statusgruppen ausweisen sowie, soweit möglich, für die jeweiligen Engpassberufe und nach Bundesländern differenzieren)?
3. Wie viele ausländische Beschäftigte in Engpassberufen verfügen nach Kenntnis der Bundesregierung über einen unbefristeten Aufenthaltstitel, und wie hat sich dieser Anteil innerhalb der letzten zehn Jahre verändert?
4. Wie verteilen sich nach Kenntnis der Bundesregierung ausländische Beschäftigte in Engpassberufen nach Herkunftsregionen bzw. Herkunftsländern?
5. Welche jährliche Nettozuwanderung ist nach Kenntnis der Bundesregierung erforderlich, um das Arbeitskräfteangebot in Deutschland langfristig stabil zu halten (bitte auch nach Ost und West differenzieren)?
6. Welche Maßnahmen plant oder fördert die Bundesregierung speziell zur sprachlichen, sozialen und beruflichen Integration ausländischer Beschäftigter in Engpassberufen?
7. Wie bewertet die Bundesregierung die Bedeutung kommunaler und landespolitischer Rahmenbedingungen (z. B. Wohnraum, Kita-Plätze, Integrationseinrichtungen) für die erfolgreiche Integration ausländischer Fachkräfte, und wie koordiniert sie sich mit Ländern und Kommunen in diesem Bereich?
8. Welche gesetzlichen Änderungen prüft oder plant die Bundesregierung, um Aufenthaltsqualität und langfristige Bleibeperspektiven ausländischer Arbeitskräfte in Engpassberufen zu verbessern?
9. Ist der Bundesregierung die Studie „Jenseits der Verwertungslogik?“ des DeZIM-Instituts bekannt, und welche Schlüsse zieht sie daraus für die Fachkräfteanwerbung und Integration?
10. Ist der Bundesregierung die Studie „Expat Insider 2025“ von InterNations bekannt und welche Schlüsse zieht sie daraus insbesondere mit Blick auf das schlechte Abschneiden Deutschlands insgesamt und bei den Feldern Willkommenskultur/Einfindung (www.internations.org/content-assets/static/dd4b614d816f1b6777b53d4fe8d0e206/Expat-Insider-2025-survey-report_by-InterNations.pdf)?
11. Wie bewertet die Bundesregierung aktuelle Zahlen, nach denen Diskriminierungserfahrungen eine wichtige Rolle spielen, bei der Entscheidung ausländischer Fachkräfte, Deutschland zu verlassen (www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/fis/publikation_pdf/FA-6470.pdf)?
12. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Migrationskonferenz der Bundesagentur für Arbeit im Januar 2026 in Berlin?
13. Wie bewertet die Bundesregierung, dass die Fortzüge von EU-Staatsangehörigen zuletzt die Zuzüge dieser Gruppe überstiegen hat und welche Gründe führen laut Bundesregierung zu dieser Entwicklung?
14. Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen ausländerfeindlicher und migrationspolitisch polarisiert geführter Debatten hinsichtlich der Attraktivität Deutschlands für Arbeitskräfte aus dem Ausland, und

welche Maßnahmen plant sie gegebenenfalls, um etwaigen negativen Effekten entgegenzuwirken?

Berlin, den 9. Juli 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.